



Die Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung I Punkt 9 der öffentlichen Sitzung am 17. September 2020

Antrags-Nr. 20-F-05-0011

Gemeinsamkeit statt Zweisamkeit - Wiedervereinigung von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei - Antrag der FDP-Fraktion vom 05.02.2020 -

Knapp drei Jahre nach der Trennung von Stadt- und Verkehrspolizei kann das Scheitern des Projekts festgestellt werden. Statt Service aus einer Hand zu bieten, schickt der Magistrat die Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger zwischen der einzelnen Stellen hin und her. Trotz der deutlichen Aufstockung des Personalkörpers und der damit einhergehenden Belastung des städtischen Haushalts werden keine spürbaren Verbesserungen bei Sicherheit und Sauberkeit erreicht, da doppelte Strukturen unterhalten werden müssen. Trotz anderslautender Versprechungen ist die kommunale Verkehrspolizei zur Aufrechterhaltung ihrer Einsatzfähigkeit bis heute auf Leiharbeiter angewiesen. Mit dem Gerichtsurteil des OLG Frankfurt steht dieses Modell nun vor dem Aus.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, einen Zeit- und Maßnahmenplan zu erarbeiten, mit dem die kommunale Verkehrspolizei und die Stadtpolizei schnellstmöglich zusammengelegt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Oberbürgermeister, nach Erarbeitung des Maßnahmenplans eine entsprechende Organisationsverfügung zu unterzeichnen.

Neufassung des Beschlussvorschlags durch die FDP-Fraktion vom 13.02.2020:

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Dem Magistrat wird **vorgeschlagen**, einen Zeit- und Maßnahmenplan zu erarbeiten, mit dem die kommunale Verkehrspolizei und die Stadtpolizei schnellstmöglich zusammengelegt werden können.

Die Stadtverordnetenversammlung **schlägt** dem Oberbürgermeister **vor**, nach Erarbeitung des Maßnahmenplans eine entsprechende Organisationsverfügung zu unterzeichnen.

Änderungsantrag der LINKE&PIRATEN Rathausfraktion Wiesbaden vom 13.02.2020 zu TOP 9 der TO I in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13. Februar 2020

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Antrag wird wie folgt **geändert und ergänzt**:

Seite 2 des Beschlusses 0295 vom 17. September 2020

Dem Magistrat wird **vorgeschlagen**, einen Zeit- und Maßnahmenplan zu erarbeiten, mit dem die kommunale Verkehrspolizei und die Stadtpolizei schnellstmöglich zusammengelegt werden können.

Da die Kernaufgaben der Stadtpolizei die Bereiche Verkehrsüberwachung und Sauberkeit sind, wird vorgeschlagen, dass die Verantwortung für beide Bereiche das Dezernat V übernimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung **schlägt dem** Oberbürgermeister vor, **gegebenenfalls** nach Erarbeitung des Maßnahmenplans eine entsprechende Organisationsverfügung zu unterzeichnen.

Änderungsantrag der AfD Stadtverordnetenfraktion zum Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion „Gemeinsamkeit statt Zweisamkeit - Wiedervereinigung von Stadtpolizei und kommunaler Verkehrspolizei“ in der Neufassung vom 13.02.2020 (20-F-05-0011).

Der Wortlaut des FDP-Antrags wird wie folgt ergänzt:

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Dem Magistrat wird vorgeschlagen, einen Zeit- und Maßnahmenplan zu erarbeiten, mit dem die kommunale Verkehrspolizei und die Stadtpolizei schnellstmöglich **unter der Gesamtzuständigkeit von Dezernat II** zusammengelegt werden können. Die Stadtverordnetenversammlung schlägt dem Oberbürgermeister vor, nach Erarbeitung des Maßnahmenplans eine entsprechende Organisationsverfügung zu unterzeichnen.

Beschluss Nr. 0295

Die Beratung des - im Beschlussvorschlag neugefassten - Antrags der FDP-Fraktion vom 05.02.2020 wird einschließlich des Antrags der Fraktion Linke&Piraten vom 13.02.2020 sowie des Antrags der AfD-Fraktion vom 30.06.2020 auf die nächste Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 12.11.2020 verschoben und zu Beginn der Tagesordnung aufgerufen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .09.2020

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .09.2020

Dezernat I
Dezernat II
Dezernat V
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister

